

SPD gegen Steuererhöhungen

„Einsparungen waren angesagt, Steuererhöhungen sind dabei herausgekommen“, so die SPD-Fraktion in einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Haushaltsberatungen durch CDU und Bürgermeister. „Die SPD-Fraktion lehnt Mehrbelastungen in der jetzigen wirtschaftlichen Situation als ein falsches politisches Signal ab. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes im Vergleich zu anderen Kommunen büßt dadurch ein“, sagen Wessel Mährlein und Udo Quaschigroch. (SPD). Als Folge könnten auch Gewerbesteuerzahlungen an andere Standorte verlagert werden. Es seien aber gerade die Gewerbesteuerzahlungen, welche die Stadt als Einnahmequelle benötige. Neben dieser psychologischen Komponente sei es den Bürgern kaum zu erklären, dass nicht als erstes die Stadt selbst durch Einsparungen und Ausgabenbegrenzungen aktiv werde. So müssten sich alle Beteiligten darüber im Klaren sein, dass mittelfristig auch die freiwilligen Leistungen seitens der Kommunalaufsicht auf den Prüfstand kämen. Hier müsse jetzt Vorsorge getroffen werden, so dass vorhandene, bewährte Strukturen auch in Zukunft erhalten blieben. Es müsse nicht über, sondern mit den Vereinen und anderen Einrichtungen über Einsparungen und Alternativen geredet werden, z.B. in Form eines Runden Tisches. In den Vereinen seien verantwortungsbewusste Dinklager tätig, die auch ein Interesse an der finanziellen Gesundheit der Stadt hätten. Aber auch für den eigenen Wirkungskreis der Stadt schlage die SPD-Fraktion Maßnahmen zur Kostenreduzierung vor: Planungen sollten grundsätzlich nicht mehr an Büros vergeben werden. Würde eine Vergabe für unumgänglich gehalten, sei ein entsprechender Gegenfinanzierungsvorschlag vorzulegen. Zwecks besserer Übersicht solle die Bearbeitung und Überwachung aller Unterhalts- und Bewirtschaftungsmaßnahmen von zentraler Stelle in Form eines Gebäudemanagement erfolgen. Schnellst möglichst müsse die Erschließung des Mühlenbachtals abgeschlossen werden, denn nur so könnten die Wohngrundstücke vermarktet werden. „Außerdem würde es uns helfen, wenn die Kreisumlage auf 43 Punkte reduziert werde, denn in diesem Jahr müssen wir fast 600.000 € mehr an den Kreis abführen als im letzten Jahr“, sagt das SPD-Kreistagsmitglied Matthias Windhaus.